

# 4 Wirtschaft und öffentlicher Sektor

---

Auszug aus dem  
Datenreport 2016

---

# 5,8 Mill.

Personen waren 2014 im öffentlichen Dienst beschäftigt.

## 1 544 Mrd. €

haben private Haushalte 2014 für Konsumausgaben verwendet.

## 6,1 Mrd. €

Finanzierungsüberschuss erzielte der Öffentliche Gesamthaushalt im Jahr 2014.



## 1,6 %

hat sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von 2013 bis 2014 erhöht.

## 644 Mrd. €

Steuern wurden 2014 von Bund, Ländern und Gemeinden eingenommen.

# 4 Wirtschaft und öffentlicher Sektor

---

## 4.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

---

Tanja Mucha

---

Destatis

Die Aufgabe von Wirtschaftsstatistiken ist es, wirtschaftliche Vorgänge in der Volkswirtschaft zu erfassen, die Daten aufzubereiten und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Das wichtigste statistische Instrumentarium für die Wirtschaftsbeobachtung sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Sie haben die Aufgabe, für einen bestimmten, abgelaufenen Zeitraum – das sind typischerweise Jahre und Quartale – ein möglichst umfassendes, übersichtliches und hinreichend gegliedertes, quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens in einer Volkswirtschaft zu geben. [► Info 1](#)

Die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen folgen den Vorgaben des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Dort werden Definitionen, Konzepte, Abgrenzungen, Begriffe, Klassifikationen sowie der Zeitpunkt und die Häufigkeit der Lieferung von VGR-Ergebnissen an die europäische Statistikbehörde, das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat), geregelt. Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen wird in mehrjährigen Abständen aktualisiert, um geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Die aktuelle Version ESVG 2010 ist seit September 2014 rechtswirksam. Das

ESVG hat als Verordnung der Europäischen Union (EU) Gesetzescharakter und ist daher für alle Mitgliedstaaten verbindlich. Damit ist sichergestellt, dass europaweit harmonisierte Ergebnisse für politische und wirtschaftliche Entscheidungen zur Verfügung stehen.

Auf die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stützen sich Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Sie dienen unter anderem als Grundlage für Gutachten, Wachstumsprognosen, Steuerschätzungen, Rentenanpassungen und Tarifverhandlungen. Nationale Nutzer sind in erster Linie die Bundesministerien, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Wirtschaftsforschungsinstitute, Banken – allen voran die Deutsche Bundesbank – sowie Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Universitäten und Medien.

International werden VGR-Ergebnisse vor allem von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) genutzt. Eine besondere Bedeutung haben die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Europäische Kommission: Das Bruttonationaleinkommen (BNE) ist Grundlage für die Be-

rechnung der EU-Eigenmittel, also der Mitgliedsbeiträge der einzelnen Mitgliedstaaten an die Europäische Union. Darüber hinaus werden VGR-Daten für die Überwachung und Steuerung der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik benötigt. So basieren die Konvergenzkriterien für die Europäische Währungsunion im Wesentlichen auf Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Maastricht-Defizit und Schuldenstand des Staates, Bruttoinlandsprodukt).

#### 4.1.1 Das Bruttoinlandsprodukt

Eine zentrale Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Es ist ein Maß für die in einem bestimmten Zeitraum in einer Volkswirtschaft erbrachte gesamtwirtschaftliche Leistung. [► Info 2](#)

Bei der Berechnung stehen die Produktion von Waren und Dienstleistungen sowie die dabei entstandene Wertschöpfung im Vordergrund. Prinzipiell kann das BIP auf drei Wegen berechnet und dargestellt werden: [► Abb 1](#)

- Die Entstehungsrechnung zeigt, wie die wirtschaftliche Leistung von der Produktionsseite her entstanden ist. Sie ermittelt die Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche und verdeutlicht, wie diese zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis beigetragen haben (siehe Abschnitt 4.1.2).
- Die Verwendungsrechnung beschreibt, für was das erarbeitete gesamtwirtschaftliche Ergebnis verwendet wurde. Es kann konsumiert, investiert oder exportiert werden. Das BIP lässt sich daher auch als Summe aus Konsum, Investitionen und Außenbeitrag (Exporte minus Importe) errechnen (siehe Abschnitt 4.1.3).
- Die Verteilungsrechnung zeigt, welche Einkommen entstanden sind und wie diese auf die Wirtschaftsteilnehmer verteilt wurden. Es wird nach Einkommensarten unterschieden (zum Beispiel Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen), die im Wirtschaftsprozess entstanden sind (siehe Abschnitt 4.1.4).

#### ► Info 1

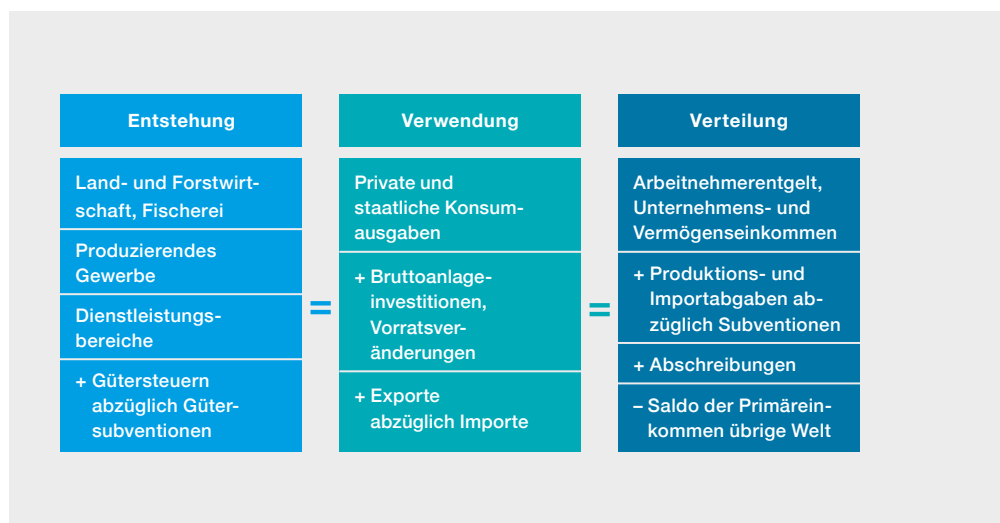
##### Das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erfassen die wirtschaftlichen Tätigkeiten aller Wirtschaftseinheiten, die – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – ihren ständigen Sitz im Wirtschaftsgebiet haben. Ein Wirtschaftsgebiet kann die gesamte Volkswirtschaft (zum Beispiel Deutschland) oder ein Teil davon (zum Beispiel ein Bundesland) sein. Wirtschaftseinheiten sind alle Personen und Institutionen, die produzieren, konsumieren, investieren, verteilen oder finanzieren. Sie werden zur Darstellung der Wirtschaftsstruktur zu Wirtschafts- beziehungsweise Produktionsbereichen oder (entsprechend ihres wirtschaftlichen Verhaltens) zu sogenannten Sektoren zusammengefasst (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, finanzielle Kapitalgesellschaften, Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck). Der Sektor »Übrige Welt« bezeichnet alle Einheiten beziehungsweise Aktivitäten außerhalb des jeweiligen Wirtschaftsgebietes.

Die Ergebnisse der amtlichen VGR werden in Form eines geschlossenen Kontensystems aller nachgewiesenen Vorgänge ermittelt. Dabei gilt das Prinzip der doppelten Buchführung: Jede Transaktion wird mindestens zweimal gebucht, einmal auf der Entstehungs- und einmal auf der Verwendungsseite. In ergänzenden Tabellen werden die Kontenpositionen tiefer untergliedert, teilweise nach besonderen Gesichtspunkten zusammengefasst oder in sonstiger Hinsicht erweitert (zum Beispiel um preisbereinigte Angaben, Angaben pro Kopf, je Stunde oder Quoten). Darüber hinaus werden in speziellen Input-Output-Tabellen die produktions- und gütermäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft gezeigt.

Für die Aufstellung der deutschen VGR werden alle geeigneten laufenden wirtschaftsstatistischen Erhebungen verwendet, die zum jeweiligen Veröffentlichungs- beziehungsweise Rechentermin vorliegen. Darüber hinaus werden administrative Daten (zum Beispiel Finanzstatistiken, Zahlen der Bundesagentur für Arbeit), Haushaltsbefragungen, Geschäftsstatistiken und Jahresabschlüsse großer Unternehmen sowie Informationen von Verbänden ausgewertet. Je aktueller die Berechnungen sind, desto unvollständiger ist in der Regel die Datenbasis und desto höher ist der Schätzanteil. Dies führt zu regelmäßigen Revisionen der VGR-Ergebnisse, wenn neue statistische Ausgangsdaten verfügbar sind, die in die Berechnungen einbezogen werden können.

#### ► Abb 1 Bruttoinlandsprodukt



## ► Info 2

**Wohlfahrtsmessung in Deutschland**

Wie kann man den Wohlstand und die Lebensqualität der Menschen in einem Land adäquat statistisch messen? Diese Frage wurde seit längerem diskutiert und mit dem Bericht der sogenannten »Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission« im September 2009 neu entfacht. Zahlreiche Aktivitäten und Initiativen sind in der Folge dieses Berichts entstanden. Sie reichen von allumfassenden, in einer Zahl ausgedrückten Gesamtindikatoren bis zu breit gefächerten Sets von Indikatoren, die unterschiedliche Dimensionen von Wohlstand und Lebensqualität abbilden. Trotz unterschiedlicher Ausgestaltung und Reichweite sind diese Vorschläge in einem Punkt einig: Die im BIP erfasste Güterversorgung liefert zwar einen wesentlichen Beitrag zum materiellen Wohlstand, aber eine Betrachtung der materiellen Lage allein reicht nicht aus, um Wohlfahrt und Lebensqualität umfassend zu berechnen.

Die wichtigsten Kritikpunkte am BIP als Wohlfahrtsindikator sind:

- Die in privaten Haushalten erbrachten unentgeltlichen Versorgungs-, Erziehungs- oder Pflegeleistungen, die nicht über den Markt vermittelt werden, sowie ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger werden im BIP nicht erfasst.
- Durch wirtschaftliche Aktivitäten ausgelöste Schäden oder Beeinträchtigungen (sogenannte externe Kosten), zum Beispiel der Umwelt, werden im BIP zumeist nicht oder nicht ausreichend erfasst.
- Das BIP enthält Abschreibungen, das heißt den rechnerischen Aufwand zum Ersatz des im Produktionsprozess verbrauchten Sachkapitals.
- Das BIP sagt nichts über die Verteilung des Wohlstandes auf gesellschaftliche Gruppen und Individuen aus.
- Wirtschaftliche Aktivitäten zur Beseitigung von Schäden durch Naturkatastrophen oder Unfälle erhöhen das BIP, obwohl sie bestenfalls das zuvor schon erreichte Wohlstandsniveau wiederherstellen.
- Das BIP sagt nichts über die Nachhaltigkeit der Entwicklung aus, also darüber, inwieweit das gegenwärtige Wohlstandsniveau zu Lasten künftiger Generationen erwirtschaftet wurde.

Als Folge dieser Debatte hat sich inzwischen ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens darüber herausgebildet, dass es sinnvoll sei, über die rein wirtschaftliche Entwicklung hinaus auch gesellschaftliche Entwicklungen umfassender in den Blick zu nehmen und hierzu eine Berichterstattung aufzubauen.

Zu den konkreten Vorschlägen gehören:

- die Verbesserungen bei der Darstellung der Wirtschaftsindikatoren wie die stärkere Betonung des Einkommens privater Haushalte, die Darstellung der Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie die regelmäßige Erfassung der unbezahlten Arbeit in privaten Haushalten, da sie erheblich zum materiellen Wohlergehen beiträgt;
- die Messung der nichtmateriellen Lebensqualität, wozu Faktoren wie Gesundheit, Bildung, persönliche Aktivitäten und Erwerbstätigkeit, politische Partizipation, soziale Beziehungen, Umweltbedingungen sowie existenzielle und wirtschaftliche Unsicherheiten zählen; und
- die Erfassung der Nachhaltigkeit und dabei insbesondere ökologische Aspekte wie der Abbau von Bodenschätzen oder die Umweltverschmutzung, wodurch die Lebensbedingungen künftiger Generationen beeinträchtigt werden.

In Deutschland hat insbesondere die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages mit dem Titel »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« das Thema in die breite Öffentlichkeit getragen. In ihrem Abschlussbericht vom Juni 2013 hat sie unter anderem einen Indikatorenansatz mit zehn Leitindikatoren und weiteren Zusatzindikatoren vorgeschlagen, um den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Fortschritt laufend zu erfassen.

Die Bundesregierung hat das Thema der Messung von Fortschritt, Wohlstand und Lebensqualität im Koalitionsvertrag verankert. Aktuell hat sie die Initiative »Gut Leben in Deutschland – was uns wichtig ist« gestartet und im April 2015 mit Bürgerdialogen begonnen. Anschließend soll geprüft werden, wie man diese Themen statistisch begleiten und analysieren kann, etwa – wie im Koalitionsvertrag 2013 vorgeschlagen – mithilfe eines Indikatoren- und Berichtssystems zur Lebensqualität in Deutschland.

Auf internationaler Ebene fanden außerdem im Jahr 2015 die Gespräche für die Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen statt. Dabei sollen ab 2016 insgesamt 17 »Sustainable Development Goals« (Ziele nachhaltiger Entwicklung) beziehungsweise 169 »Targets« (Zielgrößen) und dazugehörige Indikatoren die bisherigen »Millennium Development Goals« ablösen.

**Darstellung des Bruttoinlandsprodukts**

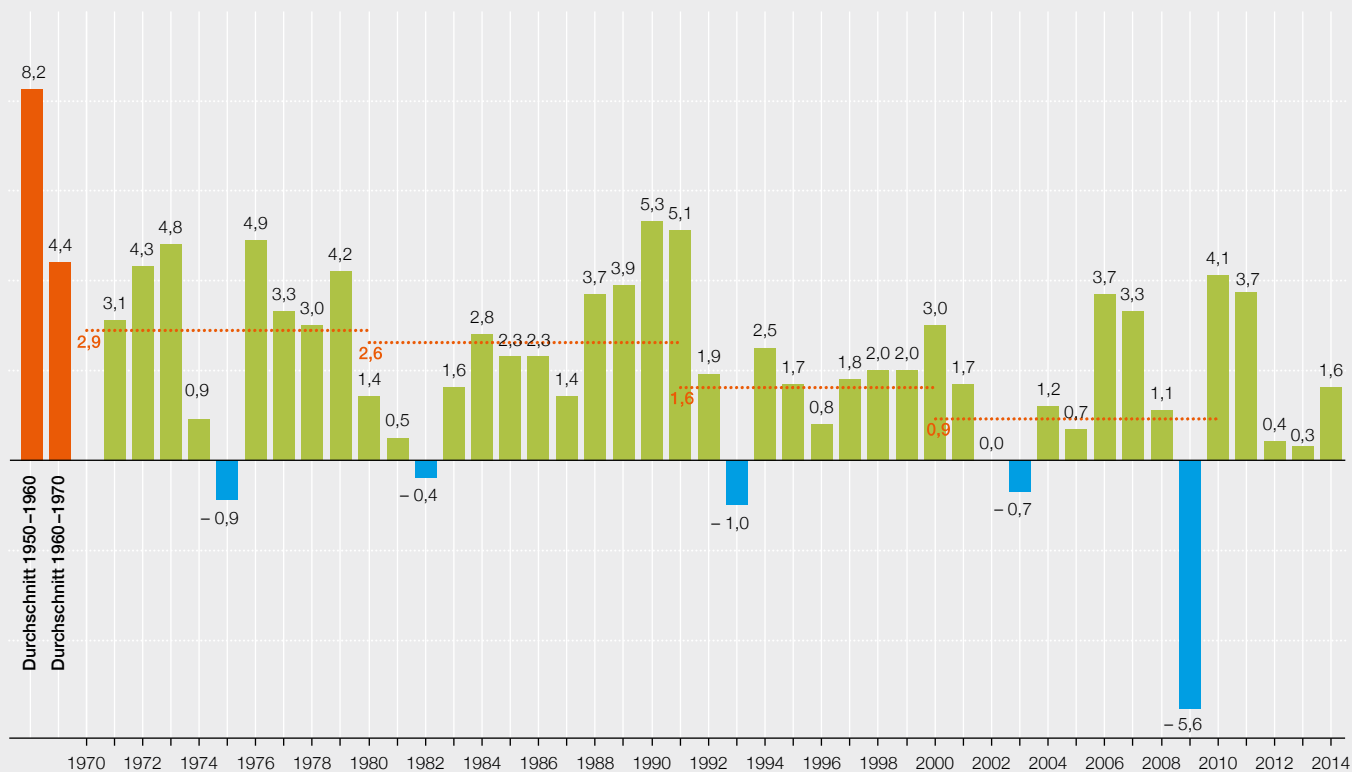
Das jährliche BIP kann in jeweiligen Preisen oder preisbereinigt dargestellt werden. Darüber hinaus ist auch eine kalenderbereinigte Darstellung sinnvoll, weil die Anzahl der verfügbaren Arbeitstage in einem Jahr Einfluss auf das Ergebnis hat.

Das BIP in jeweiligen Preisen wird sowohl durch die Veränderung des Volumens als auch durch die Preisentwicklung beeinflusst. Bei einer preisbereinigten Rechnung wird der Einfluss der Preisentwicklung ausgeschaltet. Dabei werden alle Transaktionen in tiefer Gliederung mit spezifischen Preisindizes aus dem gesamten Datenangebot der Preisstatistiken deflationiert (bereinigt). Das preisbereinigte BIP wird auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis) berechnet und anschließend verkettet. Diese im Jahr 2005 eingeführte Methode gewährleistet, dass stets die aktuellen Preisrelationen in der Rechnung berücksichtigt werden. Die jährlichen Veränderungsrate des preisbereinigten BIP können als Maßstab der (realen) Wirtschaftsentwicklung betrachtet werden.

**Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts**

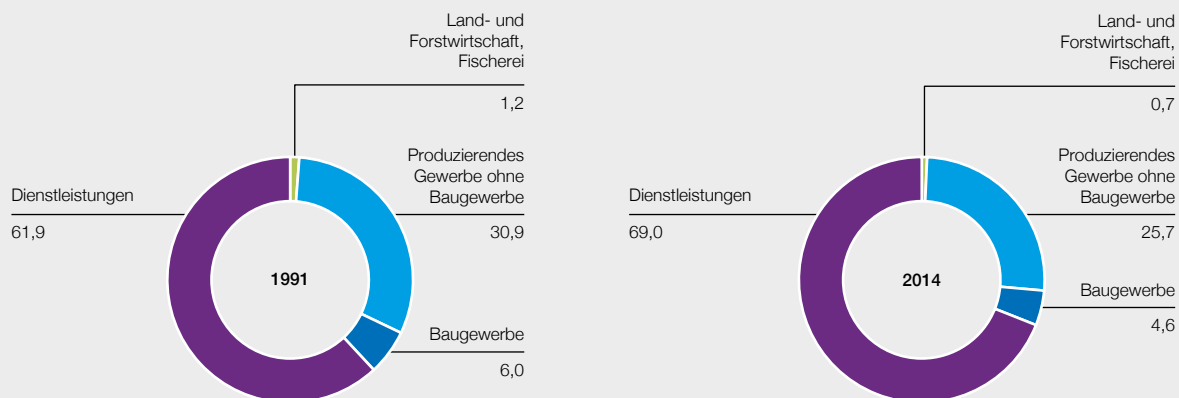
In Deutschland hat sich das reale BIP zwischen 1991 und 2014 um gut ein Drittel erhöht. Im Durchschnitt ist es seit der deutschen Vereinigung pro Jahr um 1,3 % gewachsen. In dieser Zeit gab es lediglich drei sogenannte rezessive Jahre, in denen das reale BIP im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist: 1993 (–1,0 %), 2003 (–0,7 %) sowie zuletzt 2009 (–5,6 %), als die deutsche Wirtschaft durch die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise regelrecht einbrach und die schlimmste Rezession der Nachkriegszeit erlebte. Im Jahr 2014 konnte sich die deutsche Wirtschaft offensichtlich in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld behaupten: Das preisbereinigte BIP war um 1,6 % höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP sehr viel moderater gewachsen (2013 um +0,3 % und 2012 um +0,4 %). ► Abb 2

► Abb 2 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Die Ergebnisse von 1950 bis 1970 (früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1970 (früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen. Bei der VGR-Revision 2014 wurden zudem nur die Ergebnisse für Deutschland bis 1991 zurückgerechnet; Angaben vor 1991 sind unverändert geblieben.

► Abb 3 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen – in Prozent



► Tab 1 Ergebnisse der Entstehungsrechnung nach Wirtschaftsbereichen 2014

	Produktionswert	Vorleistungen	Bruttowertschöpfung
<b>in jeweiligen Preisen, in Milliarden Euro</b>			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	52,7	34,8	17,9
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 977,8	1 303,0	674,8
↳ Verarbeitendes Gewerbe	1 780,8	1 187,2	593,6
Baugewerbe	276,0	155,2	120,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	811,3	404,1	407,2
Information und Kommunikation	239,5	112,0	127,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister	253,6	146,0	107,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	381,7	89,9	291,8
Unternehmensdienstleister	484,3	194,1	290,2
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	688,1	209,7	478,4
Sonstige Dienstleister	154,4	47,4	107,0
<b>Alle Wirtschaftsbereiche</b>	<b>5 319,3</b>	<b>2 696,2</b>	<b>2 623,1</b>
<b>preisbereinigt, verkettet, Veränderung zum Vorjahr in %</b>			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7,2	7,1	7,5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1,5	1,4	1,6
↳ Verarbeitendes Gewerbe	2,0	1,9	2,3
Baugewerbe	2,6	2,5	2,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,1	0,8	1,3
Information und Kommunikation	1,6	0,8	2,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,1	1,4	0,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,6	-0,6	1,0
Unternehmensdienstleister	2,1	1,7	2,4
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	1,3	2,0	1,0
Sonstige Dienstleister	0,3	0,6	0,1
<b>Alle Wirtschaftsbereiche</b>	<b>1,5</b>	<b>1,4</b>	<b>1,5</b>

#### 4.1.2 Die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Im Rahmen der Entstehungsrechnung wird die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft aus dem Blickwinkel der Produzenten ermittelt. Man spricht daher auch vom Produktionsansatz. Vom Wert der von allen Wirtschaftseinheiten in einer Periode produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) wird der Verbrauch an Vorleistungen abgezogen und so die Bruttowertschöpfung ermittelt. Vorleistungen sind Waren und Dienstleistungen, die im Zuge der Produktion verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden. Sie umfassen unter anderem Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe,

Brenn- und Treibstoffe sowie Reparaturleistungen.

Die Bruttowertschöpfung eignet sich besonders, um die Wirtschaftskraft verschiedener Wirtschaftsbereiche zu vergleichen. Den gedanklichen Anknüpfungspunkt für ihre Berechnung bilden die einzelnen Wirtschaftseinheiten, die zu Wirtschaftsbereichen zusammengefasst werden. Die Wirtschaftsbereiche sind entsprechend der jeweils gültigen Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ) gegliedert. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird die WZ 2008 verwendet. In tiefer Gliederung werden Angaben nach bis zu 64 Wirtschaftsbereichen veröffentlicht.

#### Verschiebungen in der Wirtschaftsstruktur

Anhand der nominalen Bruttowertschöpfung der zusammengefassten Wirtschaftsbereiche lässt sich die Struktur der Wirtschaft und ihre Veränderung im Zeitablauf darstellen: Während das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) in Deutschland 1991 noch knapp ein Drittel (31 %) der gesamten nominalen Wertschöpfung produzierte, war es 2014 nur noch gut ein Viertel (26 %). Dagegen wurden im Jahr 2014 rund 69 % der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung von den Dienstleistungsbereichen erbracht. Im Jahr 1991 waren es etwa 62 % gewesen. ► Tab 1, Abb 3

Die Zahlen verdeutlichen, wie weit die sogenannte Tertiarisierung der deutschen Wirtschaft – also der Strukturwandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft – seit der deutschen Vereinigung fortgeschritten ist. Bei ihrer Interpretation ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die Gewichte zwischen den Wirtschaftsbereichen zum Beispiel durch Auslagerungsprozesse oder den Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern – der zum Wirtschaftsbereich der Unternehmensdienstleister zählt – verschieben können.

Aus der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ergibt sich das BIP, indem die Gütersteuern hinzugefügt und die Gütersubventionen abgezogen werden. Das ist notwendig, weil die Bruttowertschöpfung (und die Produktionswerte) der Wirtschaftsbereiche ohne die auf den Gütern lastenden Steuern (Gütersteuern), aber einschließlich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt werden (Konzept zu Herstellungspreisen). Gütersteuern und -subventionen sind solche Abgaben beziehungsweise Zuschüsse, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten Gütern sind (zum Beispiel Tabak-, Mineralöl- oder Mehrwertsteuer).

Damit das BIP (zu Marktpreisen) sowohl von der Entstehungs- als auch von der Verwendungsseite her gleich ist, schließt es die Nettogütersteuern ein.

Aus diesem Grund müssen die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) hinzugefügt werden, um das BIP zu errechnen. ▶ [Tab 2](#)

### 4.1.3 Die Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verwendungsrechnung – auch Ausgabenansatz genannt – als zweite Säule der Inlandsproduktsberechnung zeigt, wie die inländischen Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Sie können konsumiert, investiert oder exportiert werden. ▶ [Info 3](#)

#### Verwendungsstruktur des Bruttoinlandsprodukts

Das BIP setzt sich aus der inländischen Verwendung und dem Außenbeitrag zusammen. Die inländische Verwendung umfasst die privaten und staatlichen Konsumausgaben sowie die Bruttoinvestitionen, die wiederum aus den Bruttoanlageinvestitionen und den Vorratsveränderungen bestehen. ▶ [Abb 4](#)

In den vergangenen Jahren entfiel in Deutschland jeweils über die Hälfte des nominalen BIP auf die privaten Konsumausgaben. Darunter wird im Wesentlichen der Kauf von Waren und Dienstleistungen durch inländische private Haushalte verstanden. Dazu zählen beispielsweise die Ausgaben für Lebensmittel, Bekleidung und Haushaltsgeräte, für Wohnungsmieten und Energie sowie für Freizeit und Unterhaltung. Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sind ebenfalls Teil der privaten Konsumausgaben.

Auf die Konsumausgaben des Staates entfiel knapp ein Fünftel des nominalen BIP. Dazu gehören die Aufwendungen des Staates für allgemeine Verwaltungsleistungen, Sicherheit, Bildung, Gesundheitswesen und Ähnliches, soweit sie der Allgemeinheit ohne ein zu entrichtendes Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Knapp ein weiteres Fünftel des nominalen BIP wird investiert und erhöht damit den Bestand an Anlagen (Ausrüstungen, Bauten, sonstige Anlagen ein-

▶ **Tab 2 Ableitung des Bruttoinlandsprodukts, in jeweiligen Preisen – in Milliarden Euro**

	2011	2012	2013	2014
Produktionswert	5 112,0	5 143,8	5 206,7	5 319,3
– Vorleistungen	2 683,9	2 668,7	2 669,8	2 696,2
<b>= Bruttowertschöpfung</b>	<b>2 428,1</b>	<b>2 475,1</b>	<b>2 536,9</b>	<b>2 623,1</b>
+ Gütersteuern	282,0	286,1	290,3	299,2
– Gütersubventionen	7,0	6,3	6,4	6,7
<b>= Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2 703,1</b>	<b>2 754,9</b>	<b>2 820,8</b>	<b>2 915,7</b>

▶ **Tab 3 Ergebnisse der Verwendungsrechnung**

	2011	2012	2013	2014
<b>in jeweiligen Preisen, in Milliarden Euro</b>				
Konsumausgaben	2 001,2	2 056,5	2 104,6	2 156,2
Private Haushalte	1 454,0	1 490,4	1 517,5	1 544,0
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	41,5	43,4	45,3	48,1
Staat	505,7	522,7	541,9	564,0
+ Bruttoinvestitionen	569,8	530,6	546,8	563,1
Bruttoanlageinvestitionen	547,8	555,9	557,3	585,1
Ausrüstungen	188,3	184,9	181,3	189,8
Bauten	264,2	272,9	277,2	291,8
Sonstige Anlagen	95,3	98,0	98,8	103,5
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	21,9	–25,3	–10,5	–22,0
<b>= Inländische Verwendung</b>	<b>2 571,0</b>	<b>2 587,1</b>	<b>2 651,4</b>	<b>2 719,3</b>
+ Außenbeitrag	132,1	167,7	169,4	196,4
Exporte	1 211,5	1 266,9	1 283,1	1 333,2
abzüglich: Importe	1 079,3	1 099,2	1 113,7	1 136,8
<b>= Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2 703,1</b>	<b>2 754,9</b>	<b>2 820,8</b>	<b>2 915,7</b>
<b>preisbereinigt, verkettet, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</b>				
Konsumausgaben	1,2	1,0	0,7	1,1
Private Haushalte	1,3	0,9	0,6	0,9
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	2,0	2,7	1,1	3,8
Staat	0,9	1,3	0,8	1,7
Bruttoinvestitionen	9,3	–8,2	1,5	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	7,2	–0,4	–1,3	3,5
Ausrüstungen	6,8	–2,6	–2,3	4,5
Bauten	8,1	0,5	–1,1	2,9
Sonstige Anlagen	5,3	1,3	–0,3	3,1
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	X	X	X	X
Inländische Verwendung	2,9	–1,0	0,8	1,3
Außenbeitrag	X	X	X	X
Exporte	8,3	2,8	1,6	4,0
abzüglich: Importe	7,0	–0,3	3,1	3,7
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3,7</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>1,6</b>

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

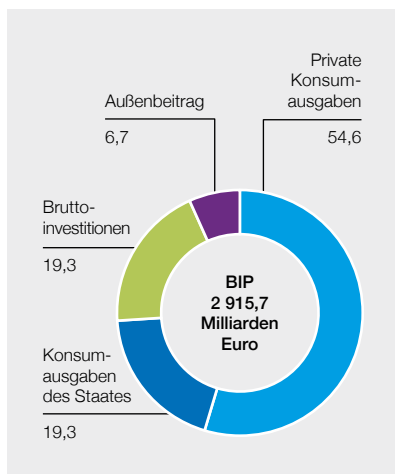


## ► Info 3

**Ansätze der Verwendungsrechnung**

Zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts über die Verwendungsseite kommen grundsätzlich drei Ansätze in Betracht: Die Käufer beziehungsweise Verwender der Güter können nach ihren Ausgaben gefragt werden. Es ist aber auch möglich, die Produzenten der Waren und Dienstleistungen über ihre Lieferungen an Konsumenten, Investoren und die übrige Welt zu befragen. Schließlich können mithilfe der Güterstrommethode die Verwendungsstrukturen für Waren und Dienstleistungen geschätzt werden. Theoretisch führen diese drei Ansätze zum gleichen Ergebnis, sodass die Entscheidung darüber, welcher Weg in der Praxis beschritten wird, vor allem von den statistischen Gegebenheiten und den Nutzeranforderungen an die Aktualität abhängt.

► **Abb 4 Struktur der Verwendung 2014**  
— in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



schließlich Forschung und Entwicklung) oder verändert die Vorrats- und Wertesachenbestände.

Zur Nachfrageseite des BIP gehört neben der inländischen Verwendung auch der Außenbeitrag. Er stellt den Saldo aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen an die beziehungsweise aus der übrigen Welt dar. Die Bundesrepublik Deutschland hat eine stark exportabhängige Wirtschaft: Seit dem Jahr 1993 wurden stets Exportüberschüsse

### Auch schattenwirtschaftliche und illegale Aktivitäten fließen in das Bruttoinlandsprodukt ein

Für die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts und der anderen Aggregate der VGR werden grundsätzlich alle wirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft erfasst. Dies gilt unabhängig davon, ob diese Aktivitäten den Behörden bekannt sind oder nicht (zum Beispiel Steuer-, Sozialversicherungs-, Statistikbehörden) und auch unabhängig davon, ob sie legal oder illegal ausgeübt werden. Demzufolge enthält das Bruttoinlandsprodukt auch Aktivitäten der Schattenwirtschaft (zum Beispiel Verkäufe ohne Rechnung, Eigenleistung und Nachbarschaftshilfe am Bau). Im Zuge der Berechnungen wird das Datenmaterial auf mögliche Untererfassung überprüft und bei Bedarf durch Schätzungen ergänzt. Auf diese Weise soll vor allem die Vollständigkeit (»exhaustiveness«) des Bruttoinlandsprodukts beziehungsweise des Bruttonationaleinkommens sichergestellt werden. Allerdings erfolgt in Deutschland kein getrennter Nachweis der Schattenwirtschaft in der amtlichen Statistik.

Eine Besonderheit stellt in der statistischen Praxis die Erfassung von illegalen – also der ausdrücklich verbotenen – Aktivitäten dar. Die EU-weit bedeutendsten illegalen Aktivitäten – Drogen, Schmuggel und Prostitution – sind seit der VGR-Revision 2014 Teil der amtlichen VGR in Europa. Bezogen auf die Situation in Deutschland bedeutet dies, dass der Handel und die Produktion von Drogen sowie der Schmuggel von Zigaretten seither mithilfe von Schätzmodellen in die VGR-Berechnungen einbezogen werden. Allerdings ist Prostitution in Deutschland grundsätzlich nicht verboten und war damit bereits zuvor im BIP enthalten, und Alkoholschmuggel hat aufgrund der relativ niedrigen Preise in Deutschland wirtschaftlich keine Bedeutung.

erzielt, wovon entsprechend positive Impulse für das Wirtschaftswachstum ausgingen. ► [Tab 3](#)

#### 4.1.4 Die Verteilungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verteilungsrechnung stellt – neben der Entstehungs- und Verwendungsrechnung – einen dritten Weg dar, um das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und das Bruttonationaleinkommen (BNE) zu ermitteln. Anders als bei den anderen bei-

den Berechnungsarten knüpft die Verteilungsrechnung nicht an der Güterseite an, sondern an der Entlohnung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Ausgehend von den Einkommensarten wird das BIP beziehungsweise das BNE im Rahmen der Verteilungsrechnung entweder über die im Inland entstandenen (geleisteten beziehungsweise gezahlten) Einkommen oder über die von Inländern empfangenen Einkommen aus Produktionstätigkeit berechnet. ► [Tab 4](#), [Tab 5](#)

► **Tab 4 Ergebnisse der Verteilungsrechnung über die entstandenen und verteilten Einkommen — in Milliarden Euro**

	2011	2012	2013	2014
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>2771,3</b>	<b>2820,4</b>	<b>2882,0</b>	<b>2982,4</b>
+ Primäreinkommen an die übrige Welt	151,3	140,8	129,0	126,5
– Primäreinkommen aus der übrigen Welt	219,5	206,4	190,2	193,3
<b>= Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2703,1</b>	<b>2754,9</b>	<b>2820,8</b>	<b>2915,7</b>
+ Gütersubventionen	7,0	6,3	6,4	6,7
– Gütersteuern	282,0	286,1	290,3	299,2
= Bruttowertschöpfung	2428,1	2475,1	2536,9	2623,1
– Abschreibungen	475,5	492,2	505,1	517,8
= Nettowertschöpfung	1952,5	1982,9	2031,8	2105,3
+ Sonstige Subventionen	26,1	23,3	23,5	24,1
– Sonstige Produktionsabgaben	17,7	19,1	18,7	19,2
– Arbeitnehmerentgelt (Inland)	1337,3	1389,2	1428,3	1482,8
= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	623,6	598,0	608,2	627,5

► **Tab 5 Ergebnisse der Verteilungsrechnung über die empfangenen Einkommen — in Milliarden Euro**

	2011	2012	2013	2014
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2703,1</b>	<b>2754,9</b>	<b>2820,8</b>	<b>2915,7</b>
– Primäreinkommen an die übrige Welt	151,3	140,8	129,0	126,5
+ Primäreinkommen aus der übrigen Welt	219,5	206,4	190,2	193,3
<b>= Bruttonationaleinkommen</b>	<b>2771,3</b>	<b>2820,4</b>	<b>2882,0</b>	<b>2982,4</b>
– Abschreibungen	475,5	492,2	505,1	517,8
= Nettonationaleinkommen	2295,8	2328,2	2377,0	2464,7
+ Subventionen des Staates	27,4	24,1	24,4	25,5
– Produktions- und Importabgaben an den Staat	295,1	300,6	304,7	314,0
= Volkseinkommen	2028,1	2051,7	2096,6	2176,2
– Arbeitnehmerentgelt der Inländer	1339,7	1391,5	1430,8	1485,3
= Unternehmens- und Vermögenseinkommen	688,4	660,2	665,8	690,9

► **Tab 6 Arbeitnehmerentgelt, Löhne und Gehälter (der Inländer) — in Milliarden Euro**

	2011	2012	2013	2014
Arbeitnehmerentgelt der Inländer	1339,7	1391,5	1430,8	1485,3
– Sozialbeiträge der Arbeitgeber	251,1	258,1	262,5	271,6
<b>= Bruttolöhne und -gehälter</b>	<b>1088,6</b>	<b>1133,5</b>	<b>1168,3</b>	<b>1213,7</b>
– Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	191,0	197,5	201,7	209,3
– Lohnsteuer der Arbeitnehmer	168,3	178,2	186,9	196,3
<b>= Nettolöhne und -gehälter</b>	<b>729,4</b>	<b>757,8</b>	<b>779,7</b>	<b>808,1</b>

In der Bundesrepublik Deutschland ist eine eigenständige und in sich geschlossene Verteilungsrechnung nicht möglich, weil über den Betriebsüberschuss beziehungsweise über die Unternehmenseinkommen nur lückenhafte basisstatistische Informationen vorliegen. Diese Größen werden daher als Saldengrößen aus dem gesamtwirtschaftlichen Kreislauf abgeleitet.

Der umfassendste Einkommensbegriff der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das Bruttonationaleinkommen (BNE). Das BNE ist an die Stelle des früher benutzten Begriffs des Bruttosozialprodukts (BSP) getreten und stimmt mit diesem konzeptionell überein. Das BNE errechnet sich, indem vom BIP die Primäreinkommen abgezogen werden, die an die übrige Welt geflossen sind, und umgekehrt die Primäreinkommen hinzugefügt werden, die inländische Wirtschaftseinheiten von der übrigen Welt bezogen haben. Es hat insbesondere als Grundlage für die Berechnung der EU-Eigenmittel eine herausragende Bedeutung.

Eine wichtige Größe der Verteilungsrechnung ist das Volkseinkommen. Es ist die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die die inländischen Wirtschaftseinheiten in einer Periode empfangen haben. Das Volkseinkommen setzt sich aus dem Arbeitnehmerentgelt der Inländer und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammen.

Das Arbeitnehmerentgelt umfasst neben den Bruttolöhnen und -gehältern auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie deren Lohnsteuer. Im Jahr 2014 entfielen 18 % des Arbeitnehmerentgelts auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber und 27 % auf die Abzüge der Arbeitnehmer, welche sich etwa je zur Hälfte aus Sozialabgaben und Lohnsteuer zusammensetzten. In gesamtwirtschaftlicher Betrachtung blieben 2014 vom Arbeitnehmerentgelt knapp 55 % als Nettolöhne und -gehälter bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Im Jahr 1991 waren es noch knapp 58 % gewesen. ► [Tab 6](#)

► Tab 7 Arbeitsproduktivität, Durchschnittslöhne und Lohnstückkosten im Inland

	Arbeitsproduktivität <sup>1</sup>		Arbeitnehmerentgelt		Bruttolöhne und -gehälter		Lohnstückkosten <sup>2</sup>	
	je Erwerbstätigen	je geleisteter Erwerbstätigenstunde	je Arbeitnehmer monatlich	je geleisteter Arbeitnehmerstunde	je Arbeitnehmer monatlich	je geleisteter Arbeitnehmerstunde	Personenkonzept	Stundenkonzept
	Index (2010 = 100)		in Euro				Index (2010 = 100)	
2011	102,27	102,06	3 011	27,48	2 445	22,32	100,66	100,49
2012	101,50	102,58	3 087	28,48	2 513	23,18	104,00	103,61
2013	101,16	103,25	3 143	29,23	2 565	23,85	106,26	105,66
2014	101,88	103,63	3 226	29,82	2 635	24,35	108,28	107,40

<sup>1</sup> Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex) je Erwerbstätigen beziehungsweise je geleisteter Erwerbstätigenstunde (jeweils umgerechnet auf Index 2010=100).

<sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer beziehungsweise je geleisteter Arbeitnehmerstunde (jeweils umgerechnet auf Index 2005 = 100) in Relation zur Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigen beziehungsweise je geleisteter Erwerbstätigenstunde).

Quelle für geleistete Arbeitsstunden: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA)

#### 4.1.5 Gesamtwirtschaftliche Quoten

Das Arbeitnehmerentgelt pro Kopf beziehungsweise je geleisteter Arbeitnehmerstunde ist ein wichtiges Maß für die Kosten des Faktors Arbeit in einer Volkswirtschaft. Als Maß für das durchschnittliche Einkommen werden häufig die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin beziehungsweise Arbeitnehmer oder je geleisteter Arbeitnehmerstunde herangezogen. Eine andere vielfach genutzte gesamtwirtschaftliche Quote ist die Arbeitsproduktivität, also das (preisbereinigte) BIP beziehungsweise die Bruttowertschöpfung (für Wirtschaftsbereiche)

je Erwerbstätigen oder je geleisteter Erwerbstätigenstunde. Die Arbeitsproduktivität wird häufig als Maß für die Produktivität einer Volkswirtschaft oder eines Wirtschaftsbereichs verwendet. Dabei muss aber beachtet werden, dass hier die gesamte Wirtschaftsleistung rechnerisch lediglich zum Produktionsfaktor Arbeit in Beziehung gesetzt wird. Andere Aspekte wie zum Beispiel die Kapitalproduktivität bleiben dabei außer Acht.

Setzt man das Arbeitnehmerentgelt pro Kopf beziehungsweise je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zur Arbeitsproduktivität, so erhält man die

Lohnstückkosten. Aus der Entwicklung der Lohnstückkosten kann man darauf schließen, wie sich die Arbeitskosten je Produkteinheit verändert haben. Bei der Interpretation aller Quoten ist aber Vorsicht geboten: So erhöht zum Beispiel der Abbau von Arbeitsplätzen rechnerisch die Arbeitsproduktivität pro Kopf, was wiederum einem Anstieg der Lohnstückkosten entgegenwirkt. ► Tab 7

## 4.2 Öffentliche Finanzen und öffentlicher Dienst

Renate Schulze-Steikow

Destatis

In welchen Aufgabenfeldern setzt der deutsche Staat seine Finanzmittel ein? Aus welchen Quellen finanziert er sich und welche Auswirkungen haben die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen auf Wirtschaft und Gesellschaft? Detaillierte Informationen darüber sind unabdingbare Grundlage für wichtige politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene. Finanzstatistiken bilden Daten über den Stand der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen in Deutschland ab. Sie sind zugleich Basis für die Darstellung der Finanzen des Staates im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die den öffentlichen Überschuss beziehungsweise das öffentliche Defizit Deutschlands im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts berechnen.

Die Ansprüche an die Qualität der Daten über die öffentlichen Finanzen nehmen aufgrund ihrer Bedeutung stetig zu. Die Überwachung der nationalen Schuldenbremse erfordert belastbare Daten und infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 sind die Anforderungen für die EU-Stabilitätsberichterstattung gestiegen. Des Weiteren sollen die Daten über die öffentliche Finanzwirtschaft möglichst aktuell und zeitnah zur Verfügung stehen.

Die Daten des »Öffentlichen Gesamthaushalts« bieten einen bedeutenden Ausschnitt der öffentlichen Finanzwirtschaft. Der Öffentliche Gesamthaushalt umfasst neben den Kernhaushalten des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung auch deren Extrahaushalte sowie die Finanzanteile der Europäischen Union (EU). Zu den Extrahaushalten zählen alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen dem Sektor Staat zuzurechnen sind.

Die Daten des Öffentlichen Gesamthaushalts zeigen, welche Einnahmen den Kern- und Extrahaushalten zugeflossen sind, welche Ausgaben damit finanziert

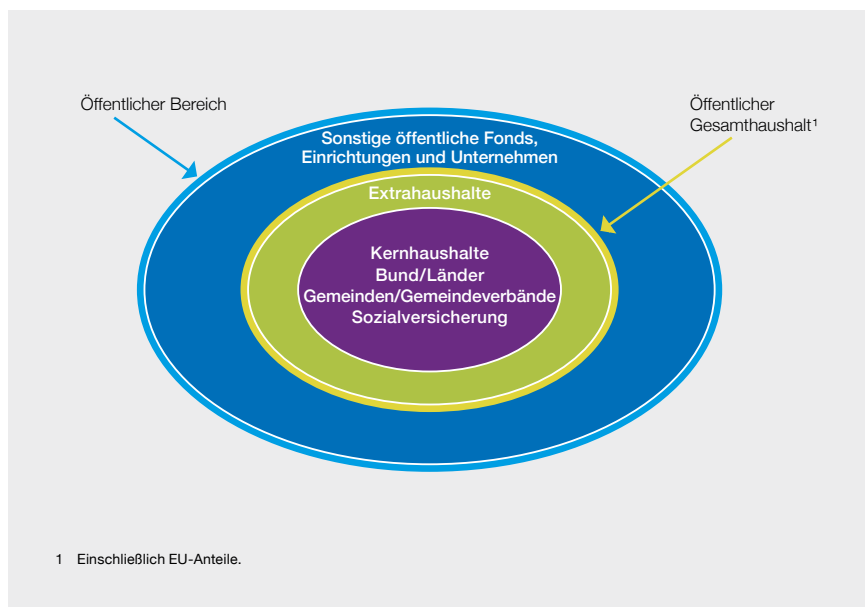
wurden und in welchem Umfang auf Fremdmittel (Schulden beim nicht öffentlichen Bereich) oder Rücklagen zur Deckung eines etwaigen Finanzierungsdefizits (Ausgaben größer als Einnahmen) zurückgegriffen werden musste. Sind die öffentlichen Einnahmen höher als die öffentlichen Ausgaben, entsteht ein Finanzierungsüberschuss und es können Rücklagen gebildet oder Schulden getilgt werden. Im Zeitraum seit 1992, für den Daten über die öffentlichen Finanzen des vereinigten Deutschlands vorliegen, wiesen die Einheiten des Öffentlichen Gesamthaushalts dreimal einen Finanzierungsüberschuss aus. Im Jahr 2000 war dies wegen einmaliger Einnahmen aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen der Fall. Damals betrug der Überschuss 18,6 Milliarden Euro. Weitere Überschüsse wurden 2007 sowie 2014 mit 9,0 beziehungsweise 6,1 Milliarden Euro erwirtschaftet. Ursache waren gestiegene Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung.

Der Öffentliche Gesamthaushalt ist ein wichtiges Aggregat im Modell des sogenannten Schalenkonzepts, in dem die öffentlichen Finanzen des gesamten öffentlichen Bereichs abgebildet werden. [► Abb 1, Info 1](#)

### 4.2.1 Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts

In Deutschland existiert ein föderaler, fürsorglicher Staat. Dieser sorgt für die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen und kümmert sich mit seinen vielfältigen, von den verschiedenen staatlichen Ebenen durchgeführten Maßnahmen um seine Bürgerinnen und Bürger. Zur Finanzierung seiner Aufgaben benötigt der Staat Einnahmen, die er hauptsächlich durch die Erhebung von Steuern, aber auch aus anderen Quellen, erhält. Die soziale Sicherung ist der wichtigste staatliche Aufgabenbereich, der regelmäßig den größten Anteil der öffentlichen Ausgaben ausmacht. Kinder- und Elterngeld sowie der Ausbau der Kindertagesbetreuung sind

► **Abb 1** Das Schalenkonzept der öffentlichen Finanzwirtschaft



► **Info 1**

**Öffentlicher Gesamthaushalt und öffentlicher Bereich**

Seit den 1980er-Jahren ist die verstärkte Verlagerung öffentlicher Aufgaben auf Einheiten mit eigenem Rechnungswesen außerhalb der Kernverwaltung zu beobachten. Sofern die Kernhaushalte mit mehr als 50 % der Kapital- oder Stimmrechte beteiligt sind, werden sie als öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen bezeichnet. Eine Folge hiervon ist, dass Einnahmen und Ausgaben nicht mehr in den Kernhaushalten von Bund, Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden und Sozialversicherung enthalten sind. Dies gilt auch für öffentliche Schulden, öffentliches Finanzvermögen und Personal. Da das Ausmaß dieses Prozesses unterschiedlich ausgeprägt ist, sind die öffentlichen Kernhaushalte – zum Beispiel die der Länder untereinander – nicht mehr vergleichbar.

Für die umfassende Darstellung der gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft wurde das Modell des Schalenkonzepts entwickelt (siehe Abbildung 1), in dem die Kern- und Extrahaushalte zum Öffentlichen Gesamthaushalt aggregiert werden. Somit wird der dynamische Prozess der wirtschaftlichen Umstrukturierung und Ausgliederung öffentlicher Einrichtungen lückenlos erfasst, die Ausgaben- und Einnahmenströme sowie die Schulden vollständig abgebildet und damit ein konsistenter Vergleich der öffentlichen Finanzen weiterhin ermöglicht.

Den Mittelpunkt bilden die Kernhaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung. Die öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors, die sogenannten Extrahaushalte, bilden die mittlere Schale. Einschließlich der Finanzanteile der Europäischen Union werden Kern- und Extrahaushalte zum Öffentlichen Gesamthaushalt zusammengeführt. Der Berichtskreis des Öffentlichen Gesamthaushalts in der Finanzstatistik entspricht dem Sektor Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In der äußeren Schale werden die sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen dargestellt. Sie bilden zusammen mit den Kern- und Extrahaushalten die Finanzen des öffentlichen Bereichs ab.

Beispiele für Sozialleistungen und Maßnahmen, die der jüngeren Generation zugutekommen sollen. Weitere wichtige staatliche Aufgaben sind die Bereitstellung einer Justiz sowie der Polizei, um für öffentliche Sicherheit und Ordnung zu sorgen. In den Bereich der Bildung fließen ebenfalls umfangreiche öffentliche Gelder.

Insgesamt lagen die um Zahlungen zwischen den Ebenen bereinigten Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2014 bei rund 1 240 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Erhöhung von 2,6 %. Der größte Ausgabenblock entfiel mit 553,1 Milliarden Euro auf die Sozialversicherung. Diese umfasst die gesetzliche Kranken-, Renten- und Unfallversicherung, die soziale Pflegeversicherung, die Alterssicherung für Landwirte sowie die Arbeitslosenversicherung. Der zweitgrößte Ausgabenanteil lag beim Bund in Höhe von 344,3 Milliarden Euro. Weitere 341,4 Milliarden Euro der öffentlichen Ausgaben wurden von den 13 Flächenländern sowie den drei Stadtstaaten und 217,6 Milliarden Euro von der kommunalen Ebene getätigt. Hinweis: Die Addition der Ebenen enthält Doppelzählungen und ist deshalb größer als die Summe der bereinigten Ausgaben.

Im Zeitraum 1992 bis 2014 sind die Ausgaben der Sozialversicherung mit 72 % überproportional angestiegen. Wesentliche Gründe für diese Entwicklung waren die deutsche Vereinigung, die Einführung der sozialen Pflegeversicherung 1995 sowie zusätzliche Ausgaben zum Beispiel bei der Bundesagentur für Arbeit wegen zeitweise gestiegener Arbeitslosenzahlen.

Viele Dienstleistungen der öffentlichen Hand sind sehr personalintensiv, so beispielsweise Schulen, Hochschulen, Polizei und Rechtsschutz (Gerichtswesen, Justizvollzugsanstalten), Gesundheitswesen, aber auch Verteidigung und die Bau-, Steuer- und Zollverwaltung. Die hohen Anforderungen an das Dienstleistungsangebot des Staates erfordern entsprechendes Fachpersonal; daher fallen diese öffentlichen Ausgaben besonders ins Ge-

wicht. Die Kern- und Extrahaushalte des Öffentlichen Gesamthaushalts wendeten 2014 einen Betrag von 254,9 Milliarden Euro für Personal (einschließlich Pensionen und Ähnlichem) auf. Das waren 21 % ihrer Gesamtausgaben. In den Ländern, die in großem Umfang für die Durchführung und Finanzierung personalintensiver öffentlicher Aufgaben zuständig sind, erreichten sie im Jahr 2014 einen Anteil von 38 % des Ausgabenvolumens. Im kommunalen Bereich machten die Personalausgaben einen Anteil von knapp 27 % aus. Am niedrigsten waren sie beim Bund mit einem Anteil von etwa 13 % der Gesamtausgaben. ▶ Tab 1

Für Baumaßnahmen und sonstige Sachinvestitionen wurden in Deutschland 2014 öffentliche Ausgaben in Höhe von 47,1 Milliarden Euro getätigt. Rund 52 % hiervon entfielen allein auf den kommunalen Bereich. Die Zinsausgaben erreichten ein Volumen von 56,7 Milliarden Euro, wobei 60 % der Ausgaben zu Lasten des Bundes gingen. Weitere wichtige Ausgabenposten des Öffentlichen Gesamthaushalts sind der laufende Sachaufwand mit 338,2 Milliarden Euro (zum Beispiel Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten, für die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, für Verbrauchsmittel und militärische Anschaffungen) sowie Zuschüsse an private Haushalte (in erster Linie soziale Leistungen), an Unternehmen (Subventionen) sowie an soziale und sonstige Einrichtungen im In- und Ausland in Höhe von zusammen 503,9 Milliarden Euro.

Im Jahr 2014 standen den öffentlichen Ausgaben von rund 1 240 Milliarden Euro Einnahmen aus Steuern, steuerähnlichen Abgaben und anderen Einnahmenquellen (zum Beispiel Gebühren, Mieten, Verkaufserlöse für Beteiligungen und Sachvermögen, Zinsen) von insgesamt rund 1 246 Milliarden Euro gegenüber. An Krediten hatte der Öffentliche Gesamthaushalt zusammen netto 6,8 Milliarden Euro (Saldo der Schuldenaufnahme und Schuldentilgung) getilgt.

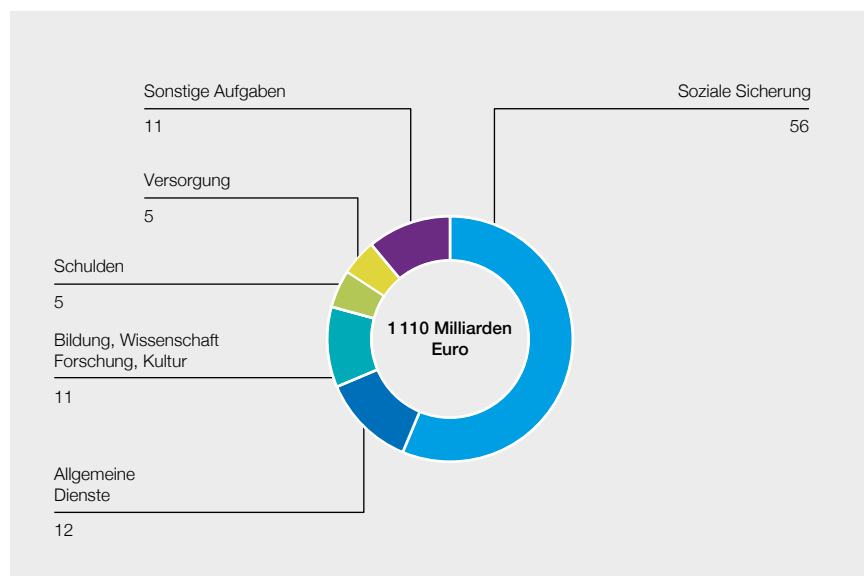
Eine Antwort auf die Frage, für was der Staat seine finanziellen Mittel ein-

▶ Tab 1 Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts 2014

	In Millionen Euro	Veränderung <sup>1</sup> zum Vorjahr in %
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>1 239 689</b>	<b>+2,6</b>
↳ Personalausgaben	254 939	+4,6
↳ Laufender Sachaufwand	338 204	+4,9
↳ Zinsausgaben	56 735	-14,1
↳ Soziale und ähnliche Leistungen	397 679	+3,0
↳ Sachinvestitionen	47 072	+8,7
↳ Baumaßnahmen	34 422	+10,6
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>1 245 605</b>	<b>+3,7</b>
↳ Steuern und steuerähnliche Abgaben	1 091 349	+3,8
↳ Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	28 983	+37,6
↳ Zinseinnahmen	14 015	-18,7
↳ Gebühren und ähnliche Entgelte	56 544	+6,6

<sup>1</sup> Veränderung auf Basis revidierter Vorjahresergebnisse.

▶ Abb 2 Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts nach Aufgabenbereichen 2011 — in Prozent



setzt, gibt die Betrachtung der öffentlichen Ausgaben nach den sogenannten Aufgabenbereichen. Hierfür stehen Daten über das Jahr 2011 zur Verfügung. Sie zeigen, dass der weitaus größte Ausgabenblock mit einem Anteil von 56 % auf die soziale Sicherung entfällt, die unter an-

derem die Familien-, Sozial- und Jugendhilfe, die Arbeitsmarktpolitik und die Sozialversicherung beinhaltet. Den zweithöchsten Anteil an den Ausgaben hatten mit 12 % die allgemeinen Dienste, zu denen Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz sowie politi-

sche Führung und zentrale Verwaltung gehören. Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur beanspruchten 11 %, gefolgt von den Ausgaben für den Schuldendienst mit 5 %. Für die Versorgung (zum Beispiel Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung von Beamten und Richtern) wurden ebenfalls 5 % der Ausgaben aufgewendet. ▶ Abb 2

Die Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts stiegen im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 3,7 %. Grund dafür war die Zunahme der Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben infolge der verbesserten Wirtschaftsentwicklung. Im Jahr 2014 flossen rund 1 091 Milliarden Euro Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben in die öffentlichen Kassen, das waren 3,8 % mehr als im Vorjahr. Steuern sind die originäre Einnahmenquelle der Gebietskörperschaften, ihre Bedeutung für die einzelnen Ebenen ist jedoch sehr unterschiedlich. Während sich Bund und Länder (mit rund 87 % beziehungsweise 69 %) überwiegend aus dieser Einnahmenquelle finanzierten, betrug der Anteil der Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben bei den Kommunen lediglich 37 %. Auf kommunaler Ebene spielen Länderzuweisungen, vor allem Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, eine bedeutendere Rolle. Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung, die finanzstatistisch zu den steuerähnlichen Abgaben zählen, betragen 447,0 Milliarden Euro. Bei den übrigen Haushaltsebenen bestehen die steuerähnlichen Abgaben vor allem aus Münzeinnahmen (beim Bund) und Spielbankabgaben (bei den Ländern).

Die Steuereinnahmen, die im Jahr 2014 insgesamt 643,6 Milliarden Euro betragen und damit 23,9 Milliarden Euro beziehungsweise 4 % höher als 2013 waren, lassen sich nach der Ertragskompetenz, das heißt der Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften, aufgliedern.

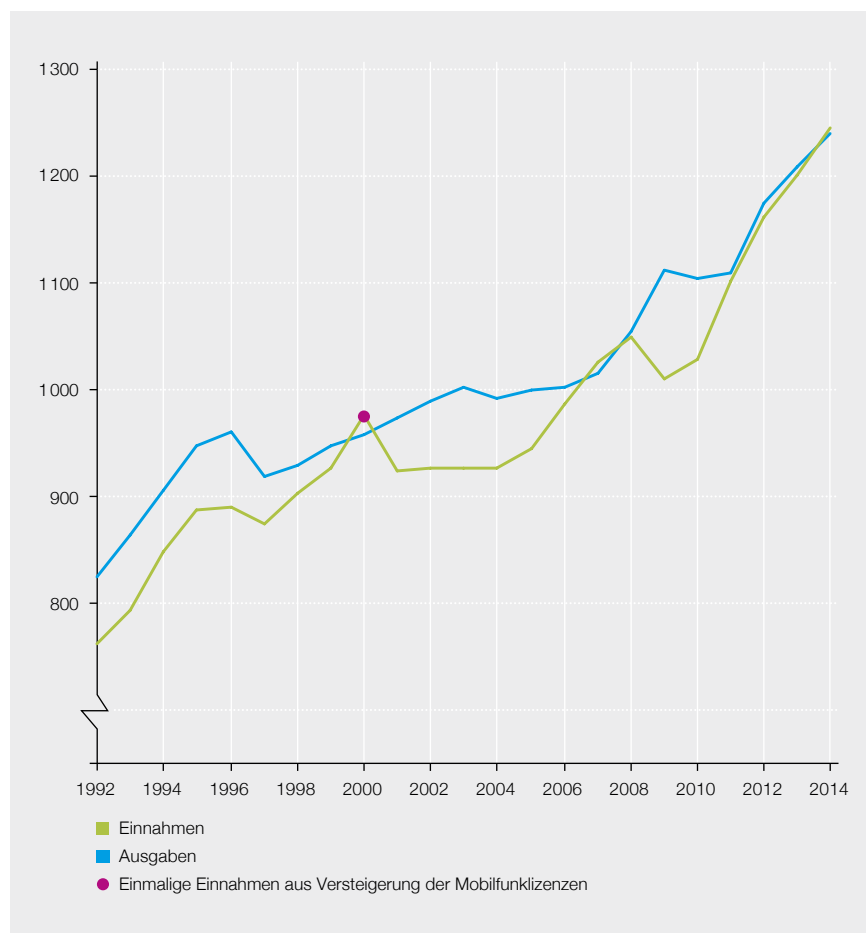
Den größten Teil der Steuern 2014 machten die gemeinschaftlichen Steuern

▶ Tab 2 Die ergiebigsten Steuern – in Millionen Euro

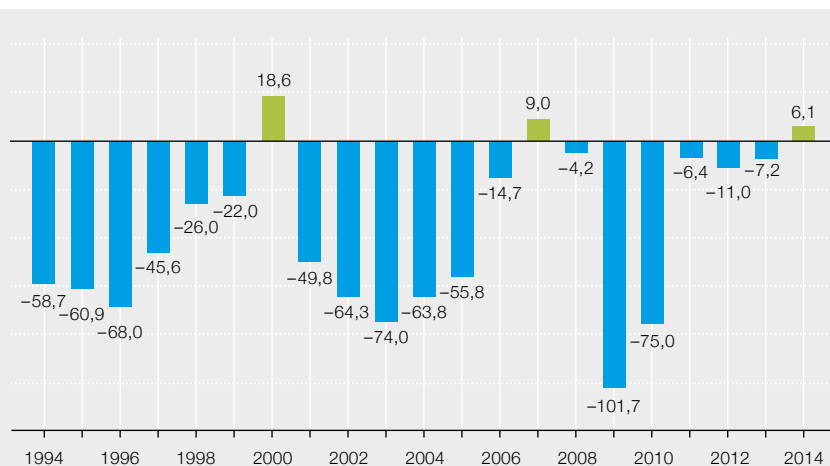
	Ertrag steht zu	2012	2013	2014
Lohnsteuer	B/L/G	149 065	158 198	167 983
Umsatzsteuer	B/L/G/EU	142 439	148 315	154 228
Einfuhrumsatzsteuer	B/L/EU	52 196	48 528	48 883
Veranlagte Einkommensteuer	B/L/G	37 262	42 280	45 613
Gewerbesteuer	G/B/L	42 345	43 027	43 756
Energiesteuer	B	39 305	39 364	39 758
Körperschaftsteuer	B/L	16 934	19 508	20 044
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	B/L	20 059	17 259	17 423
Solidaritätszuschlag	B	13 624	14 378	15 047
Tabaksteuer	B	14 143	13 820	14 612
Grundsteuer für Grundstücke	G	11 642	11 992	12 691
Versicherungsteuer	B	11 138	11 553	12 046

B = Bund;  
EU = Europäische Union;  
G = Gemeinden;  
L = Länder.

▶ Abb 3 Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts – in Milliarden Euro

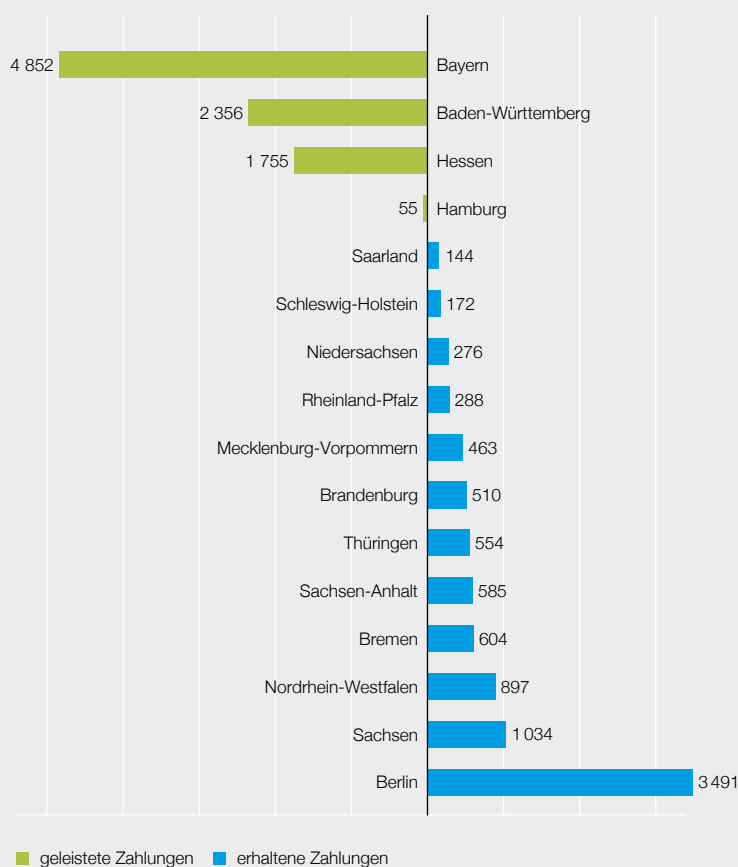


► **Abb 4 Finanzierungssaldo des Öffentlichen Gesamthaushalts – in Milliarden Euro**



In finanzstatistischer Abgrenzung.

► **Abb 5 Länderfinanzausgleich – Geleistete und erhaltene Zahlungen 2014 – in Millionen Euro**



Vorläufiges Ergebnis.  
Quelle: Bundesministerium der Finanzen

aus (462,0 Milliarden Euro). Das sind Steuern, die auf mehrere Gebietskörperschaften aufgeteilt werden. Innerhalb der gemeinschaftlichen Steuern waren die Lohn- und veranlagte Einkommensteuer mit 213,6 Milliarden Euro und die Umsatzsteuer (einschließlich Einfuhrumsatzsteuer) mit 203,1 Milliarden Euro am ertragreichsten. Bei den reinen Bundessteuern (101,8 Milliarden Euro) erbrachte die Energiesteuer die höchsten Einnahmen (39,8 Milliarden Euro). Von den Gemeindesteuern (57,7 Milliarden Euro) hatte die Gewerbesteuer mit 43,8 Milliarden Euro und bei den Landessteuern (17,6 Milliarden Euro) die Grunderwerbsteuer mit 9,3 Milliarden Euro den größten Stellenwert. Gegenüber dem Vorjahr stieg das Aufkommen an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer um 13,1 Milliarden Euro (+ 7 %), an der Umsatzsteuer (einschließlich Einfuhrumsatzsteuer) um 6,3 Milliarden Euro (+ 3 %) und an der Gewerbesteuer um 0,7 Milliarden Euro (+ 2 %). Die sechs aufkommensstärksten Steuern (Lohn- und veranlagte Einkommensteuer, Umsatz-, Einfuhrumsatz-, Gewerbe- und Energiesteuer) erbrachten somit mehr als drei Viertel aller Steuereinnahmen. Das Aufkommen der einzelnen Steuern variiert im Zeitablauf insbesondere durch Gesetzesänderungen und die Wirtschaftsentwicklung, aber auch aufgrund veränderten Konsumverhaltens der Steuerpflichtigen. ► [Tab 2](#)

Aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben errechnet sich der Finanzierungssaldo (Defizit oder Überschuss) des Öffentlichen Gesamthaushalts. Da seit den 1950er-Jahren die öffentlichen Ausgaben mehrheitlich die Einnahmen übertrafen, wurden die erforderlichen Mittel zur Finanzierung des Defizits überwiegend durch Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt gedeckt. Die Summierung dieser jährlichen Schuldenzuwächse führte Ende 2014 zu einem Schuldenstand in Höhe von rund 2 049 Milliarden Euro. Daraus resultierende Zins- und Tilgungsansprüche werden die öffentliche Hand auch in Zukunft belasten. ► [Abb 3](#), [Abb 4](#)



### 4.2.2 Länderfinanzausgleich

Aufgabe des Länderfinanzausgleichs ist es, die unterschiedliche Finanzkraft der Bundesländer durch Finanzhilfen angemessen auszugleichen. Dies geschieht zum einen durch Ausgleichszahlungen von Ländern mit – im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl – hohen Steuereinnahmen an Länder mit niedrigeren Einnahmen (horizontaler Finanzausgleich). Zum anderen leistet der Bund direkte Zahlungen an finanzschwache Länder (vertikaler Finanzausgleich). Konkret festgemacht wird dies an der zentralen Zielgröße des Länderfinanzausgleichs: der bundesdurchschnittlichen Steuerkraft je Einwohner. Unterschreiten die tatsächlichen Steuereinnahmen je Einwohner eines Landes den Bundesdurchschnitt, so ist es grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Überschreiten sie ihn, ist das betreffende Land grundsätzlich ausgleichspflichtig. Beim Ausgleich sind jedoch Sicherungen eingebaut, die eine Übernivellierung vermeiden sollen. Die Leistungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs beliefen sich im Jahr 2014 auf 9,0 Milliarden Euro. ▶ [Abb 5](#)

### 4.2.3 Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit

Die Aufmerksamkeit der deutschen Politik und Öffentlichkeit richtete sich in den vergangenen Jahren verstärkt auf die Ausgaben der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA siehe Info 2). Im Mai 2005 wurde vom EU-Ministerrat ein ODA-Stufenplan verabschiedet, in dessen Rahmen sich Deutschland verpflichtete, den Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen bis 2010 auf 0,51 % und bis 2015 auf 0,7 % zu erhöhen. Für das Berichtsjahr 2014 ergab sich eine ODA-Quote von 0,42 %. Das entspricht in absoluten Zahlen ausgedrückt ODA-Leistungen in Höhe von 12,5 Milliarden Euro, wobei sich 8,7 Milliarden Euro auf die bilaterale und 3,8 Milliarden Euro auf die multilaterale Zusammenarbeit beziehen. Den größten Anteil an den Ausgaben hatte mit 6,3 Milliarden Euro (51 %) das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). ▶ [Info 2, Tab 3](#)

#### ▶ Info 2

### Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)

Zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA = Official Development Assistance) zählen vor allem die Ausgaben für die technische und die finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sowie für Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe. Ebenso gehören Beiträge an multilaterale Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit (zum Beispiel Vereinte Nationen) und Schuldenerlasse dazu. Neben der ODA werden auch noch sonstige öffentliche und private Leistungen an Entwicklungsländer erbracht, wie Leistungen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen, Direktinvestitionen, Exportkredite.

▶ **Tab 3** Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit

	ODA-Leistungen insgesamt	Anteil am Bruttonationaleinkommen
	in Millionen Euro	in %
2006	8 313	0,36
2008	9 693	0,38
2010	9 804	0,39
2012	10 067	0,37
2014	12 486	0,42

ODA = Official Development Assistance.

### 4.2.4 Schulden und Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts

Soweit bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben die Ausgaben nicht durch Einnahmen der laufenden Periode oder durch in früheren Jahren gebildete Rücklagen gedeckt werden können, verschuldet sich der Öffentliche Gesamthaushalt. Die Verschuldung setzt sich hierbei zusammen aus

- den Krediten des Öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht öffentlichen Bereich,
- den Kassenkrediten beim nicht öffentlichen Bereich sowie
- den Wertpapierschulden.

Zum 31. Dezember 2014 lag die Staatsverschuldung bei 2 049,2 Milliarden Euro. Der Bund verzeichnete rund 1 290 Milliarden Euro, die Länder 619,5 Milliarden Euro, die kommunale Ebene 139,4 Milliarden Euro und die Sozialversicherung 561 Millionen Euro Schulden beim nicht öffentlichen Bereich.

In Abbildung 6 ist die Entwicklung des nationalen Schuldenstandes für den Zeit-

raum 2004 bis 2014 abgebildet. Bis zum Berichtsjahr 2010 ist die Schuldenentwicklung durch einen starken Anstieg gekennzeichnet, insbesondere im Jahr 2010 (+ 317,3 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr). Diese Erhöhung des Schuldenstandes resultierte überwiegend aus den Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. ▶ [Abb 6](#)

Mit den Berichtsreiserweiterungen in den Jahren 2006 und 2010 reagierte die amtliche Statistik auf den zunehmenden Ausgliederungsprozess von öffentlichen Aufgaben (und Schulden) auf Einheiten außerhalb der Kernhaushalte. Abbildung 6 veranschaulicht, dass sich diese Effekte einschließlich der Umstellung des Erhebungskatalogs zum Berichtsjahr 2010 vergleichsweise gering auf den Schuldenstand auswirkten. Während im Jahr 2013 erstmals ein rückläufiger Schuldenstand gegenüber dem Vorjahr zu beobachten war, stieg dieser im Jahr 2014 wieder leicht an.

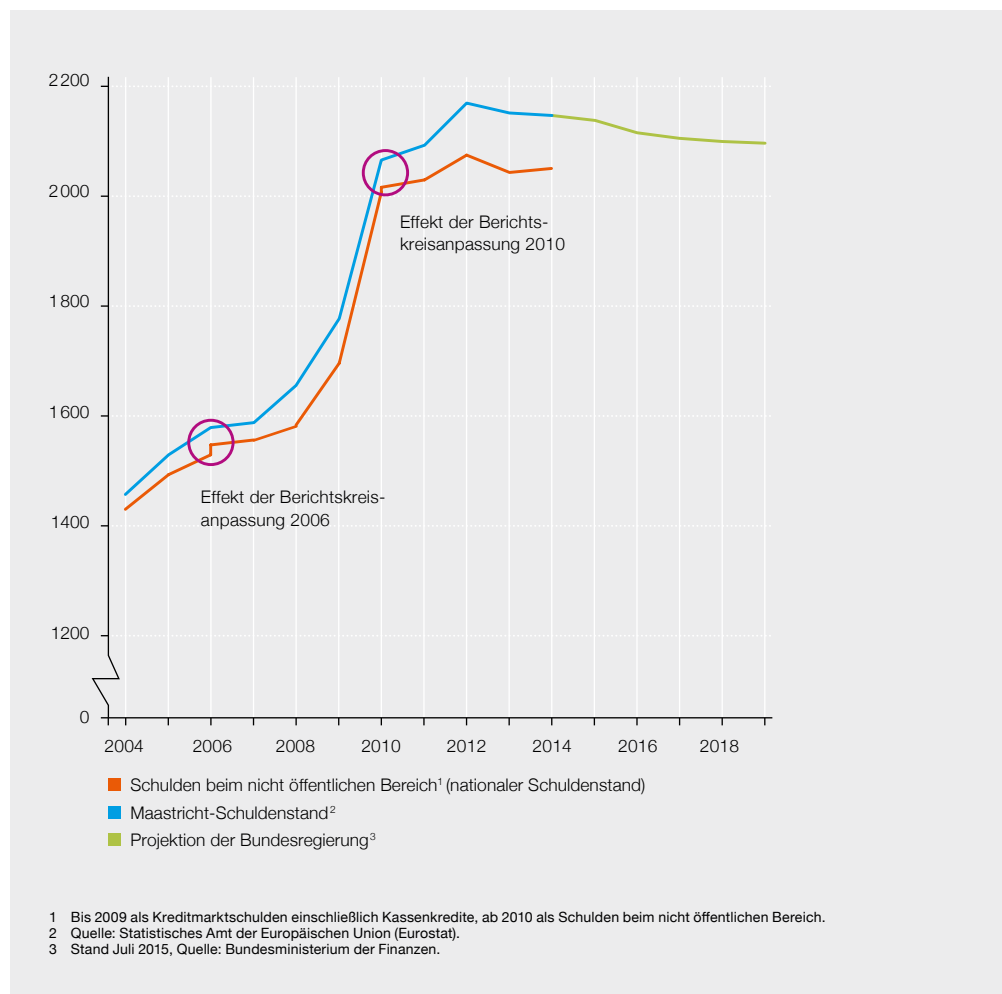
Neben dem nationalen Schuldenstand ist in Abbildung 6 auch der Verlauf des

sogenannten Maastricht-Schuldenstandes abgetragen. Dies ist der Schuldenstand, den die Deutsche Bundesbank, den Vorgaben des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen entsprechend, an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) meldet und der dort veröffentlicht wird. Die Differenz zwischen beiden Schuldenständen resultiert aus notwendigen Zu beziehungsweise Absetzungen von Tatbeständen, die die amtliche Schuldenstatistik nicht nachweist beziehungsweise die zu konsolidieren sind, um die von Eurostat geforderte internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Hier werden beispielsweise Korrekturen für Stützungsmaßnahmen von Banken (ausgelagerte Einheiten mit Sitz außerhalb Deutschlands) sowie für Stützungsmaßnahmen zugunsten anderer EU-Staaten (zum Beispiel im Rahmen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, die Teil der allgemein als Euro-Rettungsschirm bezeichneten Maßnahmenpakete ist) vorgenommen.

Ab dem Jahr 2015 ist in Abbildung 6 die Projektion der Bundesregierung hinsichtlich des Maastricht-Schuldenstandes bis zum Jahr 2019 dargestellt. Die Bundesregierung rechnet mit einem annähernd ausgeglichenen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo und abklingenden Effekten der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise: »Die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte führt zu einem kontinuierlichen Rückgang der Schuldenstandsquote bis auf rund 61 ½ % im Jahr 2019.« (Siehe Monatsbericht des BMF 8/2015, Seite 6). Dabei wird zwischen 2015 und 2019 ein Wachstum des (nominalen) Bruttoinlandsproduktes um 13,6% und ein um 2,3% sinkender Maastricht-Schuldenstand unterstellt.

Neben der Schuldenstatistik und der Statistik der Einnahmen und Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts bildet die Statistik über das Finanzvermögen eine weitere Säule der Stabilitätsberichterstattung an die Europäische Kommission. Im Jahr 2014 standen den rund 2049 Milliarden Euro Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts ein Finanz-

► **Abb 6** Entwicklung der Verschuldung des Öffentlichen Gesamthaushalts 2004 bis 2019 – in Milliarden Euro



vermögen in Höhe von 539,8 Milliarden Euro gegenüber. Davon entfielen 212,6 Milliarden Euro auf den Bund, 134,7 Milliarden Euro auf die Länder und 68,6 Milliarden Euro auf die kommunale Ebene sowie 123,9 Milliarden Euro auf die Sozialversicherung.

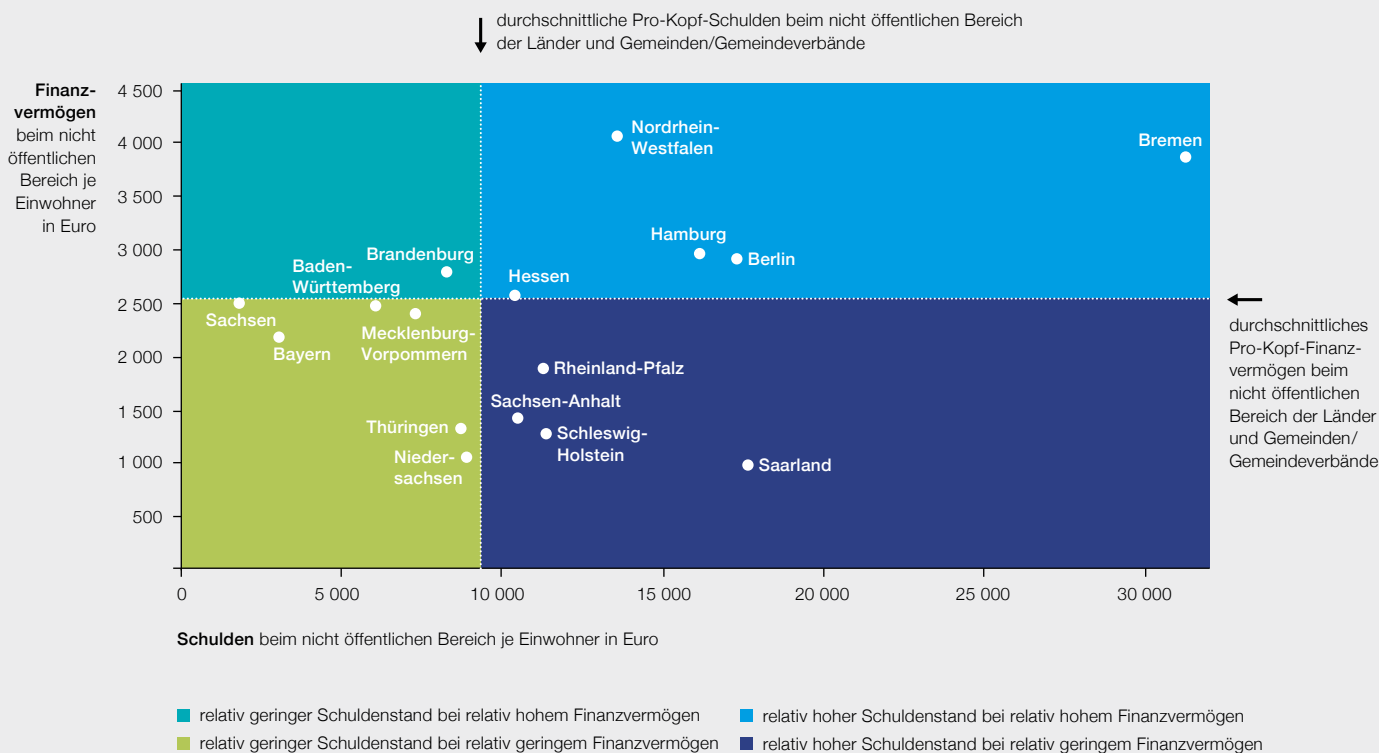
Für eine Darstellung der finanziellen Lage in den Bundesländern ist in Abbildung 7 den Schulden das Finanzvermögen (jeweils beim nicht öffentlichen Bereich je Einwohner der kommunalen Ebene und der Länderebene zusammen) am 31. Dezember 2014 gegenübergestellt.

Ergänzend sind als Senkrechte beziehungsweise Waagrechte die über alle Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung und das durchschnittliche Pro-Kopf-Finanzvermögen eingetragen. Damit ergeben sich vier Quadranten mit Aussagen zur Finanzsituation der einzelnen Bundesländer. ► [Abb 7](#)

#### 4.2.5 Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

In den 1980er-Jahren begann der Staat in größerem Umfang, bestimmte Aufgaben

► **Abb 7 Finanzvermögen und Schulden beim nicht öffentlichen Bereich der Länder und Gemeinden je Einwohner 2014**



Stichtag: 31.12.2014.

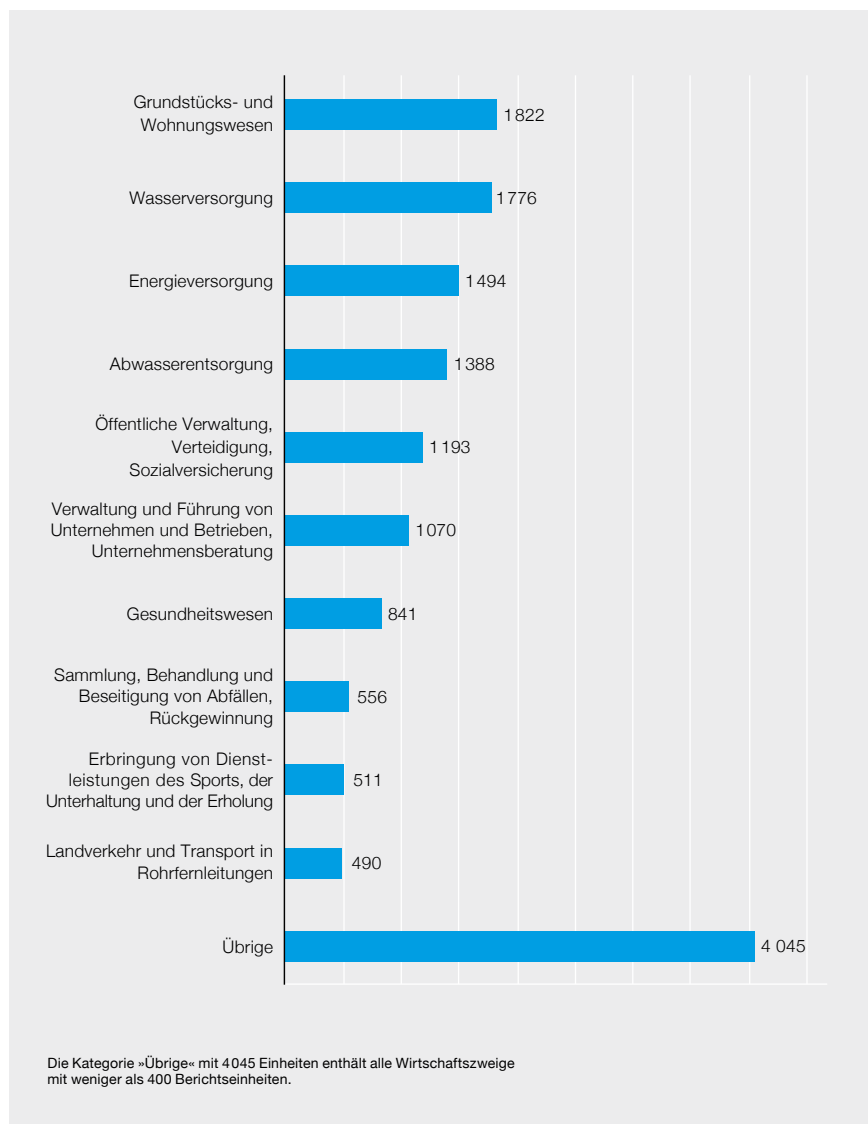
auf Einheiten außerhalb der öffentlichen Haushalte (Kernhaushalte) auszulagern. Eine wesentliche Rolle spielte dabei das Streben nach einer effizienteren Aufgabenerfüllung. Zum anderen wurde die Forderung nach einem »schlanken Staat«, der sich auf seine Kernaufgaben beschränkt, immer stärker. Parallel dazu erfolgte eine Reihe von Neugründungen von öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen sowie der Einstieg der öffentlichen Haushalte in bestehende Unternehmen. Soweit die öffentlichen Haushalte maßgeblich, das heißt mit mehr als

50 % des Stimmrechts oder des Nennkapitals mittelbar beziehungsweise unmittelbar an diesen Einheiten beteiligt sind, werden sie in der Finanzstatistik unter dem Begriff »Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen« (kurz: öffentliche Unternehmen) zusammengefasst. Sie beziehen sich nicht nur auf ausgewählte Wirtschaftszweige; die Bandbreite reicht von Wohnungsbaugesellschaften, Krankenhäusern, Versorgungsunternehmen, Hochschulen bis zu den im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise entstandenen Abwicklungsanstalten.

Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen verfügen über ein eigenes, kaufmännisches oder kamerales Rechnungswesen beziehungsweise doppelte Buchführung nach kommunalem Haushaltsrecht (Doppik), so dass ihre Einnahmen und Ausgaben nicht mehr im jeweiligen Kernhaushalt enthalten sind.

Die dargestellten Ergebnisse basieren auf der Jahresabschlussstatistik, welche ausschließlich die Erhebung der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit kaufmännischem Rechnungswesen umfasst. Im Berichtsjahr 2012 gab

► **Abb 8 Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen 2012**



es 15 186 öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit kaufmännischem Rechnungswesen, davon 13 453 (89 %) auf der kommunalen Ebene. Der Rest verteilte sich auf Beteiligungen der Länder (9 %) und des Bundes (2 %). Die meisten öffentlichen Unternehmen wurden in der Rechtsform der GmbH (58 %) oder des Eigenbetriebs (24 %) geführt. Rund 7 % der öffentlichen Unternehmen

waren Zweckverbände. Zwischen den Jahren 2000 und 2012 stieg die Zahl der in der Jahresabschlussstatistik erfassten öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen um 24 %.

Die Schwerpunkte der wirtschaftlichen Haupttätigkeit öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen lagen 2012 in den Bereichen »Grundstücks- und Wohnungswesen« (12 %), »Wasserversor-

gung« (12 %), »Energieversorgung« (10 %), »Abwasserentsorgung« (9 %), »Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung« (8 %) sowie »Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatung« (7 %). ► [Abb 8](#)

Alle Bereiche zusammen erzielten im Jahr 2012 eine Bilanzsumme von rund 2 Billionen Euro, darunter entfielen die höchsten Bilanzsummen auf die Bereiche »Erbringung von Finanzdienstleistungen« (rund 540 Milliarden Euro) und »Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung« (459 Milliarden Euro).

Die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung wiesen für das Berichtsjahr 2012 einen Jahresüberschuss von rund 6,6 Milliarden Euro für alle öffentlichen Unternehmen aus. Zu diesem Ergebnis trugen wesentlich die Wirtschaftszweige »Energieversorgung« (2,3 Milliarden Euro), »Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatung« (1,6 Milliarden Euro) sowie »Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)« (1,3 Milliarden Euro) bei. Daneben erwirtschaftete der Bereich »Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung« gut 1 Milliarde Euro. Einen Jahresverlust beziehungsweise Fehlbetrag verzeichneten öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in den Wirtschaftszweigen »Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung« (- 483 Millionen Euro) sowie »Gesundheitswesen« (- 582 Millionen Euro). ► [Tab 4](#)

#### 4.2.6 Personal im öffentlichen Dienst

Die öffentlichen Arbeitgeber (öffentlicher Dienst und Unternehmen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung) beschäftigten Mitte 2014 in Deutschland insgesamt rund 5,8 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich Berufs- und Zeitsoldaten beziehungsweise -soldatinnen). Davon übten 4,0 Millionen Personen eine Vollzeit- und 1,8 Millionen eine Teilzeitbeschäftigung aus. Gegenüber dem Vorjahr wurden 34 000 Vollzeitkräfte oder 0,9 % mehr beschäftigt. Die Zahl der Teil-

► **Tab 4** Ausgewählte Daten zur Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanzsumme öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 2012 — in Millionen Euro

	Umsatzerlöse	Materialaufwand zusammen	Personalaufwand zusammen	Jahresergebnis	Bilanzsumme
<b>Insgesamt</b>	<b>395 933</b>	<b>235 665</b>	<b>105 028</b>	<b>6 550</b>	<b>1 957 107</b>
Energieversorgung	159 648	137 231	8 009	2 279	131 962
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatung	4 579	2 808	1 883	1 568	159 218
Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	20 020	3 708	7 967	1 296	94 946
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	15 371	3 305	9 802	1 052	458 746
Abwasserentsorgung	9 394	3 052	1 580	519	71 999
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen, Rückgewinnung	11 005	5 859	2 758	377	19 934
Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	4 362	1 604	207	330	1 327
Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	1 021	648	519	-483	6 546
Gesundheitswesen	42 956	14 420	30 348	-582	63 730

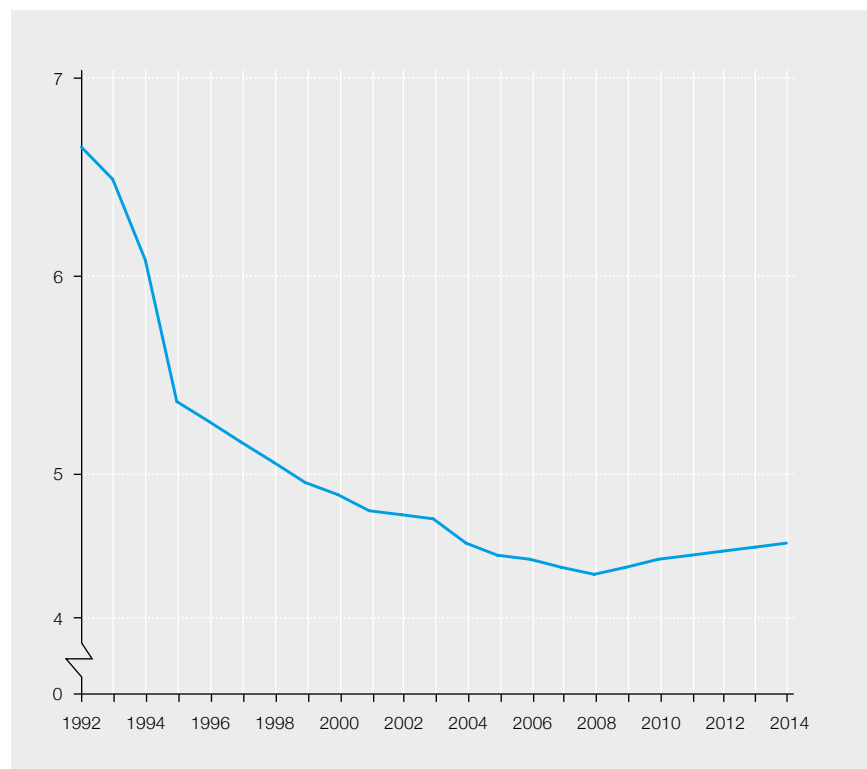
Die Sortierung erfolgt in absteigender Reihenfolge des Jahresergebnisses.

zeitkräfte hat sich um 4 000 Personen oder 0,2 % erhöht. Der Anteil der Frauen an den Vollzeitbeschäftigten betrug 41 %, bei den Teilzeitbeschäftigten waren es 83 %.

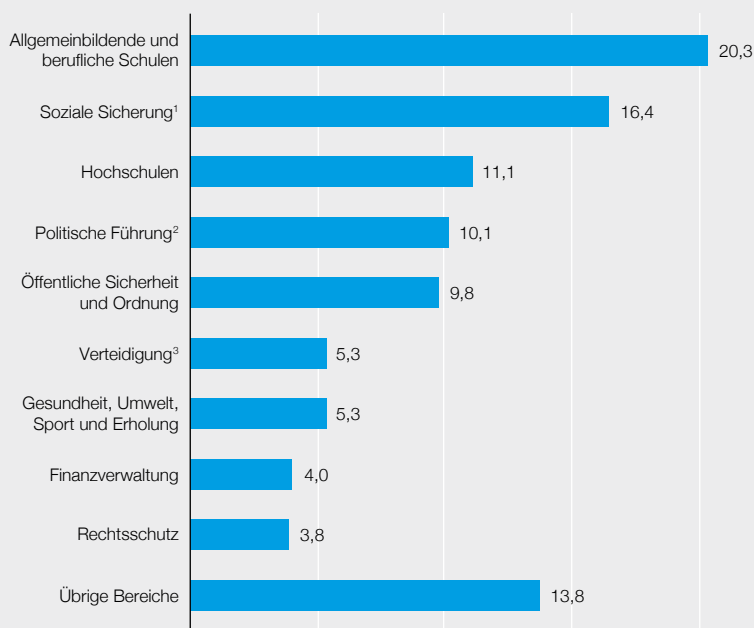
Die Bedeutung der öffentlichen Arbeitgeber für die Erwerbstätigkeit zeigt sich, wenn das durch die öffentliche Hand bezahlte Personal in Beziehung zur Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen gesetzt wird. Gemessen an den 35,6 Millionen abhängig Erwerbstätigen ergibt sich für den Bereich der öffentlichen Arbeitgeber ein Anteil von rund 16 %.

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist seit der deutschen Vereinigung deutlich gesunken: Im Jahr 1992 waren rund 6,7 Millionen Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt, am 30. Juni 2014 dagegen 4,7 Millionen. Der öffentliche Dienst umfasst nur Personal der öffentlichen Arbeitgeber, welches nicht bei privatrechtlichen Einrichtungen und Unternehmen beschäftigt ist. Der massive Personalabbau im öffentlichen Dienst in den 1990er-Jahren resultierte in erster Linie aus der Notwendigkeit, die

► **Abb 9** Entwicklung des Personalstandes im öffentlichen Dienst zum Stichtag 30. Juni — in Millionen



► **Abb 10 Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nach Aufgabenbereichen 2014 – in Prozent**



Stichtag: 30.06.

1 Einschließlich Familie und Jugend sowie Arbeitsmarktpolitik.

2 Einschließlich zentraler Verwaltung.

3 Einschließlich Berufs-/Zeitsoldaten und -soldatinnen, ohne freiwillig Wehrdienstleistende.

Personalausstattung der neuen Länder und der dortigen Kommunen an die Verhältnisse des früheren Bundesgebiets anzupassen. Hinzu kamen die Privatisierung der Deutschen Bundesbahn und Reichsbahn sowie der Deutschen Bundespost. Zudem gab es auch einen Trend, kommunale Krankenhäuser zu privatisieren und kommunale Dienstleistungen wie etwa Abfallentsorgung oder Straßenreinigung an private Unternehmen auszulagern. Auch das führte zu einem Personalarückgang im öffentlichen Sektor. ► [Abb 9](#)

Seit dem Jahr 2009 ist ein kontinuierlicher Personalanstieg im öffentlichen Dienst zu verzeichnen. Dieser ist überwiegend bei Tageseinrichtungen für Kinder und im Bereich der Hochschulen zu beobachten.

Die Schwerpunkte des Personaleinsatzes im öffentlichen Dienst lagen 2014 bei den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (20 %), der sozialen Sicherung (16 %) und bei den Hochschulen (11 %). ► [Abb 10](#)

Die Gesamtzahl der pensionierten Beamten, Richter sowie Berufssoldaten und ihrer Hinterbliebenen (zusammen: Versorgungsempfänger) ist seit der deutschen Vereinigung erheblich gestiegen. Im Zeitraum 1992 bis 2015 ist die Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des öffentlichen Dienstes um rund 29 % gewachsen. Dies ist vor allem auf den Aufbau von Personal im Bildungsbereich in den 1960er- und 1970er-Jahren im früheren Bundesgebiet zurückzuführen, das nun seit einigen Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Insgesamt erhielten am 1. Januar 2015 rund 1,6 Millionen Personen Leistungen des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems.

Versorgungsleistungen nach dem Beamten- und Soldatenversorgungsrecht erhielten Anfang 2015 beim Bund 180 000 ehemalige Bedienstete oder ihre Hinterbliebenen, bei den Ländern 822 000, im kommunalen Bereich 119 000 sowie bei der Sozialversicherung 22 000 Personen. Beim Bundeseisenbahnvermögen (ehemals Deutsche Bundesbahn) gab es im Januar 2015 rund 163 000 Versorgungsempfänger.

# 1,6 Mill.

Versorgungsempfängerinnen und -empfänger gab es im Jahr 2015. Dies ist ein Anstieg von 29 % in den letzten 23 Jahren.



gerinnen und -empfänger sowie bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (ehemals Deutsche Bundespost) 273 000 Personen. Die Zahl ehemaliger, nach dem Krieg nicht übernommener Bediensteter des Deutschen Reiches und ihrer Hinterbliebenen betrug 2015 rund 10 000 Personen.

Für den Eintritt des aktiven Personals in den Ruhestand gibt es im Wesentlichen drei verschiedene Gründe: Entweder das Erreichen einer gesetzlich festgelegten Altersgrenze, eine festgestellte Dienstunfähigkeit oder die Inanspruchnahme einer Vorruhestandsregelung. Insgesamt lag die Zahl der im Laufe des Jahres 2014 nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht in den Ruhestand versetzten Personen bei rund 63 000. Die Mehrheit der Neupensionierungen (80 %) erfolgte aufgrund des Erreichens einer gesetzlichen Altersgrenze. Der Anteil der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit unter den Neupensionären betrug 16 %, weitere 3 % nahmen eine Vorruhestandsregelung in Anspruch. ▶ Abb 11

▶ Abb 11 Pensionierungsgründe bei den Neupensionären im öffentlichen Dienst 2014 – in Prozent

